



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

<b>gemeinsamer Antrag</b> öffentlich <b>SPD-Fraktion</b> <b>Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>	Drucksachen-Nr.: <b>20-2295</b>
	Datum: 25.11.2015
	Aktenzeichen: 123.70-14

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Öffentlich	Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude	30.11.2015

## **Folgeunterkunft für Flüchtlinge in Eppendorf: Information über Vorhaben und Unterstützungsmöglichkeiten verbessern Antrag der SPD- und Grüne-Fraktion**

Sachverhalt:

Das Bezirksamt Hamburg-Nord informierte darüber, dass es derzeit in Verhandlungen über die Errichtung einer Folgeunterkunft für Flüchtlinge mit 480 Wohnungen in Eppendorf an der Osterfeldstraße steht. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen und die Pläne noch nicht konkretisiert, von einer Realisierung ist jedoch grundsätzlich auszugehen. Der derzeitige Planungsstand ist noch nicht verlässlich genug, um die direkten Anwohnerinnen und Anwohner in der üblichen Form über das Vorhaben zu informieren. Dennoch besteht verständlicherweise bereits jetzt großes Interesse an ersten Informationen und Planungen.

Erfreulicherweise ist das Engagement für Flüchtlinge auch der Bewohnerinnen und Bewohner von Eppendorf bereits jetzt groß. Obwohl hier noch keine Flüchtlinge untergebracht sind, gibt es schon zahlreiche Ideen, wie deren Integration künftig stattfinden und gelingen kann.

Dieses Engagement muss unterstützt und gefördert werden. Daher ist es begrüßenswert, dass ab Januar 2016 im Bezirksamt eine Mitarbeiterin ihren Dienst antritt, die ausschließlich für die Förderung und Koordination ehrenamtlicher Tätigkeiten zuständig sein wird.

Vor diesem Hintergrund möge der Regionalausschuss beschließen:

Petitum/Beschluss:

1. Das Bezirksamt wird gebeten, nach hinreichender Konkretisierung der Pläne für eine Folgeunterkunft für Flüchtlinge an der Osterfeldstraße diese in geeigneter Form im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude vorzustellen. Auf die Vorstellung soll frühzeitig über die üblichen Medien aufmerksam gemacht werden.
2. Initiativen aus Eppendorf und der näheren Umgebung, die sich für die Unterstützung von Flüchtlingen einsetzen, sollen direkt zu dieser Sitzung eingeladen werden.
3. Diese Sitzung soll nicht die Information der Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort ersetzen. Diese wird nach bewährtem Verfahren stattfinden, sobald die Konkretisierung der Pläne so weit fortgeschritten ist, dass eine ausreichende Verlässlichkeit über die Rahmendaten der Unterbringung besteht.
4. Die Mitarbeiterin des Bezirksamtes, die ab Januar 2016 für die Förderung und Koordinierung ehrenamtlicher Tätigkeiten zuständig ist, wird zu einer Sitzung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude im ersten Quartal 2016 eingeladen, um über ihre Möglichkeiten, Ehrenamtliche zu unterstützen und fördern, zu berichten.

Für die SPD-Fraktion  
Dr. Jan Freitag

Für die GRÜNE-Fraktion  
Ingo Hemesath  
Sina Imhof

Anlage/n:

Keine